Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inl.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 235. Mittwoch den 23. August 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das von Nicolaus Schlautitz, Bürger zu Leipzig, im Jahre 1512 gestiftete Stipendium von jährlich 39 ℳ 12 ₰ ist von Michaelis d. J. ab an einen Studirenden aus dem Geschlechte der Schlautitz, in deren Ermangelung an hiesige Bürgerssöhne, von uns auf 2 Jahre zu vergeben.

Diejenigen Herren Studirenden, welche sich um dieses Stipendium bewerben wollen, veranlassen wir, ihre Gesuche nebst den erforderlichen Bescheinigungen bis zum 9. September d. J. schriftlich bei uns einzureichen.

Spätere Bewerbungen können Berücksichtigung nicht finden.

Leipzig, am 18. August 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harwitz.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 23. August 1882.

Graf Hatzfeldt, der noch immer „interimistische" Leiter des Auswärtigen Amts, tritt in diesen Tagen seinen Urlaub an, Baron de Courcel, der französische Botschafter am Berliner Hofe, hat sich bereits in die Sommerfrische begeben. Der erste Vertreter des Fürsten Bismarck also und der officielle Beglaubigte desjenigen Staates, auf welchen die deutsche Politik in allen ihren Bewegungen noch immer die vornehmste Rücksicht zu nehmen hat, verlassen einen der Brennpuncte der europäischen Diplomatie in dem Augenblick, wo der Krieg in Egypten wirklich entbrennt. Man wird nicht umhin können, diese beiden, äußerlich so unvereinbaren Vorgänge als ein gewichtiges Moment der Beruhigung anzuerkennen. Wenn die beiden hervorragenden Diplomaten sich und ihren Collegen in Berlin im Augenblick kein Wort über die Krise am Nil und Suezcanal zu sagen haben, so wird zum Mindesten die Annahme erlaubt sein, daß es in den letzten Jahren größere Gefahren aus internationalen Verwickelungen gegeben hat. Die von Paris aus verbreiteten Gerüchte, nach denen Fürst Bismarck sich zur Zeit in der Lage eines Mannes befinde, der sich zwischen zwei Stühle gesetzt, erschüttern nicht den Glauben an die Stetigkeit und Zielbewußtheit der deutschen Politik, so schwer es auch oft dem unbefangenen Beobachter ankommt, die anscheinende Duldung gegen England mit der zweifellosen Bedrohung in Einklang zu bringen, die aus der dauernden Besetzung Egyptens durch die Engländer für das Gleichgewicht der Welt entspringen muß. Eine Erklärung für die Annäherung des Kanzlers an das Cabinet Gladstone will man u. A. darin finden, daß sich die namhaften Entschädigungsansprüche deutscher Staatsangehöriger, welche in Alexandrien Verluste erlitten haben, nur durch die Mithilfe Englands wirksam verwirklichen lassen würden; es wird hinzugefügt, daß Fürst Bismarck in dieser Hinsicht im Besitz bestimmter Verpflichtungen seitens des Londoner Cabinets sei. Die Angabe hat, wie man gestehen muß, etwas Glaubhaftes; daß sie die Bismarck'sche Politik erschöpfend umschreiben sollte, ist indessen schwerlich anzunehmen.

Die jetzt herrschende Wahlbewegung läßt einen bemerkenswerthen Unterschied gegenüber der vom vorigen Jahre erkennen. Sie vollzieht sich in weit größerer Stille und Ruhe. Während bei den jüngsten Reichstagswahlen Monate vorher eine fieberhafte Geschäftigkeit herrschte, die Candidaten der verschiedensten Parteien unermüdlich das Land durchzogen und selbst in den kleinsten Dörfern ihre Vorträge hielten, mit Flugblättern und Aufrufe aller Art in ungezählten Massen das Volk überschwemmten, findet das Alles jetzt nur in viel bescheidenerem Umfange statt. Die Agitation mag, je mehr sich der Wahltermin nähert, an Lebhaftigkeit noch etwas zunehmen, zu einer solchen Schärfe und Erregtheit wie im verflossenen Jahre wird sie jedenfalls nicht mehr gelangen. Man wird darum nicht ohne Weiteres von einer Wahlmüdigkeit des Volkes sprechen dürfen, wenn wir auch zugeben, daß die und da Erschöpfung, Gleichgiltigkeit, Schwarzseherei und Zurückhaltung mehr um sich gegriffen haben, als es im Interesse eines frischen öffentlichen Lebens liegt. Man wird auch nicht sagen dürfen, der Reichstag ziehe vermöge der ihm obliegenden höhern Aufgaben das Interesse so sehr auf sich, daß andere parlamentarische Körperschaften darunter leiden. Wie wichtig der preußische Landtag angesichts der schwebenden Fragen der Kirchen-, der Steuerpolitik, der Verwaltungsreform u. s. w. ist, kann ja Niemanden entgehen, der nur den geringsten Antheil am öffentlichen Leben nimmt. Wir glauben auch, daß man im Allgemeinen die jetzt im Vergleich zum Vorjahr herrschende größere Ruhe und Stille nicht mit Gleichgiltigkeit und Erschlaffung verwechseln darf. Wir hoffen, eine solche Auffassung wird wenigstens von liberaler Seite entschieden Lüge gestraft werden. Der Grund, warum die bisweilen an Fanatismus grenzende Erhitzung der Gemüther, wie sie im vorigen Jahre herrschte, jetzt offenbar von ferne nicht erreicht wird, liegt ohne Zweifel vorzugsweise in der Verschiedenheit des Wahlsystems. Je mehr, wie bei dem allgemeinen directen Wahlrecht die Massen, die an Zahl überwiegenden unteren Volksschichten den entscheidenden Ausschlag geben, um so mehr muß sich die Agitation auch an diese Kreise wenden, um so ursprünglichere, derbere mitunter auch rohere Formen wird sie annehmen, um so mehr wird sie an aufreizenden Darstellungen, an Uebertreibungen, an drastischen Schilderungen, an populärer, oft auch vulgärer Beredsamkeit Gefallen finden, den Leidenschaften schmeicheln und sie aufstacheln, die Absichten der Gegner in ein gehässiges Licht setzen, selbst zu persönlichen Schmähungen greifen, kurz, sich aller jener mehr wirksamer als ehrenhafter und moralischer Mittel der Stimmungsbearbeitung bedienen, denen wir im vorigen Jahre mitunter in recht unerfreulicher Weise begegnet sind. Das indirecte Classenwahlsystem räumt ja den höheren und gebildeteren Volksclassen eine weit größere Entscheidung ein als das allgemeine directe. Wir wollen heute die Vorzüge und Nachtheile beider Wahlsysteme nicht gegen einander abwägen. Daß die politischen Leidenschaften, der Haß und Fanatismus unter der Herrschaft des letzteren weit mehr aufgestachelt werden, daß unter ihr die Erregung der Gemüther tiefer, selbst bis zu recht bedenklichen Erscheinungen dringt, lehrt schon der oberflächlichste vergleichende Blick auf die jetzige und die vorjährige Wahlbewegung.

Der heute in Preußen wieder hochwogende Culturkampf fordert zu Rückblicken in vergangene Zeiten heraus; es mag daher an Folgendes erinnert werden. Aus den preußischen Staatsarchiven ist kürzlich wieder ein Band hervorgegangen, der über das Verhältniß Friedrich's des Großen zur katholischen Kirche Actenstücke enthält. Die Zeit war allerdings eine andere als jetzt. Der Ton des absoluten Königs ist der Zeit angemessen und kann mit dem heutigen Stil der Verhandlungen nicht verglichen werden. Gemeinsam ist aber die Zähigkeit der römischen Curie und die Gewandtheit der Personen, den Staat gelegentlich im Dienst der Curie zu überlisten. Mitten in einem Erguß des Königs über seine toleranten Grundsätze klagt Derselbe doch: „Ich rathe der Nachwelt, dem katholischen Klerus nur dann zu trauen, wenn man authentische Beweise von seiner Treue hat." Er hatte früher an dem Grafen Schaffgotsch einen ergebenen Bischofscandidaten zu haben geglaubt. Derselbe hatte sich sofort nach der Besetzung Schlesiens für Preußen erklärt und hatte zahlreiche fast überschwängliche Versicherungen seiner Treue und Ergebenheit für den König abgelegt. Der König hatte ihm geglaubt und da er erfahren, daß das Domcapitel in Breslau gegen Schaffgotsch operirte, so erließ Friedrich an den Minister Münchow eine äußerst drohende Ordre gegen den Führer dieser Opposition. Dies half auch. Schaffgotsch wurde in seine temporalia eingesetzt und spielte die ihm vorgeschriebene Rolle, wie München sagt, ganz admirabel. Es war ja Sitte, sich gegen die Uebernahme eines so göttlichen Amtes zu sträuben, weil man zu unwürdig sei. Nach Allem was man liest war es diesmal nur eine Schauspieler-Rolle, denn der Bischof scheint in der That nur die temporalia geschätzt zu haben und das Domcapitel hatte inneres Recht gehabt, ihn nicht als Bischof zu wünschen. Um nun auch den Papst zur Bestätigung zu vermögen, schickte der neue Bischof einen ihm ganz ergebenen Domherrn nach Rom und als Menschenkenner auch 10—12,000 Thlr. zur Bestechung des päpstlichen Hofes. Es schien Alles nicht zu helfen; das Domcapitel und die österreichische Regierung waren zu starke Gegner, bis der König wieder einmal seine Stimme hören ließ und schrieb: „Ich bin entschlossen, keinen andern Bischof in Schlesien zuzulassen, ich glaube hinlänglich in dem Ruf der Festigkeit zu stehen, um dem römischen Hof jede Hoffnung zu nehmen, mich durch allerlei Verzögerungen ermüden zu wollen." Nun erst ging die Sache. Der entrüstete Bischof wollte „das Gefühl ewiger Dankbarkeit bewahren, sich durch exacteste Treue und vollkommenste Ergebenheit und exemplarische Conduite auszudrücken und dieselben Gefühle seinem Klerus einflößen." Nach 2½ Monaten schreibt der König schon von Kaltsinn des Menschen; der Bischof stellte Geistliche an, die politisch nicht genehm waren, und vernachlässigte andere, verdiente Männer. Der elende Heuchler ging 9 Jahre später offen auf die österreichische Seite über, als er es mit Sicherheit konnte. Die Moral aus diesen Geschichten ist nicht so einfach zu ziehen. Am deutlichsten ist noch 1) daß nur Festigkeit des Staates im Verkehr mit Rom etwas hilft und daß 2) das Duzirtwerden dem Staate bei seinen Verhandlungen mit Rom eher passirt als der Curie.

Der äußerliche Grund, mit welchem politische und kirchliche Reactionaire bisher immer ihren Ansturm gegen das verhaßte Civilstandsgesetz motivirten, war die „Entchristlichung" der Massen, welche aus ihm hervorgehen sollte. In Preußen besteht das Gesetz nun schon seit 8 Jahren, und man hat während dieser Zeit seine Wirkungen in völlig ausreichender Weise beobachten können. Was die kirchliche Einsegnung der Ehe betrifft, so ist auch bereits ziffermäßig festgestellt, daß die Zahl derjenigen Ehepaare, welche sich nicht kirchlich trauen lassen, von Jahr zu Jahr zurückgeht und keinen nennenswerthen Verhältnißsatz zu der Gesammtziffer der geschlossenen Ehen mehr ausmacht. Jetzt liegen nun auch die Ziffern über die versäumten Kindertaufen vor und diese beweisen erst recht, daß das neu erhobene Geschrei über die vielen Tausende von Kindern christlicher Eltern, die jetzt als „Heiden" aufwachsen sollten, geradezu frivol war. Im vorigen Jahre begann die Einschulung solcher Kinder, welcher nach Einführung des Civilstandsgesetzes ungetauft hätten bleiben können. Eine vom evangelischen Oberkirchenrath angestellte Ermittelung der Zahl der Ungetauften, die in die einzelnen Provinzen eingeschult worden sind, hat nun ergeben, daß nur in ganz verschwindenden Fällen die Taufe bis zum 6. Lebensjahre unterblieben ist, und daß meistentheils die Einschulung den letzten Termin für die Nachholung der Taufe bedeutete. In den einzelnen Gebietstheilen des preußischen Staates herrscht dabei eine große Verschiedenheit. In Rheinland (wo die Civilstandsgesetzgebung seit beinahe einem Menschenalter besteht) und in Westfalen ist in keinem einzigen Falle der Einschulung eine Taufverweigerung festgestellt worden; in Pommern, abgesehen von Stettin, in einem Falle. In Schlesien wurden 45 Kinder ungetauft in die Schule aufgenommen, von denen indeß alsbald 25 getauft wurden. In Ost- und Westpreußen wurden 51 Fälle constatirt, von denen bei 31 die Taufe erfolgt ist und nur in drei Fällen eine bestimmte Weigerung kundgegeben wurde. In Sachsen fanden sich 91 ungetauft eingeschulte Kinder, von denen 71 nachher getauft sind. In der Provinz Brandenburg (außer Berlin) fanden sich 32 Kinder, von denen 6 nach der Einschulung getauft wurden. In Berlin selbst wurden 224 Kinder ungetauft eingeschult, in den Bezirken der Kreissynoden Berlin-Land und Berlin-Cölln-Land 32 Kinder. Davon waren schon 108 bis zum Schluß des vorigen Jahres getauft. Jedenfalls beweisen diese Ziffern auch, welch starken Zwang zur nachträglichen Taufe die Forderung des Taufzeugnisses für die Anmeldung zum Schulbesuch ausgeübt hat.

Die Zurückhaltung, welche die preußische Regierung in dem Streite wegen der Staatspfarrer sich und ihren Organen auferlegt hat, scheint zu beweisen, daß die schweigende Unterwerfung jener Geistlichen unter den Willen des Fürstbischofs von Breslau ihr die am wenigsten unangenehme Lösung der Frage sein würde. Unterwerfen sich aber — wie es allem Anschein nach geschehen wird — diese Pfarrer nicht, geht dann der Bischof mit disciplinarischen Maßregeln vor und rufen die Betroffenen, wie Herr Sterba gedroht hat, den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten an, so sieht die Regierung schon insofern vor einer argen Verlegenheit, als zur Zeit so viele Stellen in demselben unbesetzt sind, daß er gar nicht actionsfähig ist. Der Regierung wäre es jedenfalls das Liebste, wenn sie ihn gar nicht wieder ins Leben zurückzurufen brauchte.

Die am Sonntag in Neumünster versammelten Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei beschlossen, unter Aufrechterhaltung ihres nationalliberalen Standpunctes für die bevorstehenden Landtagswahlen ein Zusammengehen mit den übrigen liberalen Parteien in der Provinz. Oberlandesgerichtsrath Schütt wurde beauftragt, die Verhandlungen mit Hänel und dessen Parteigenossen weiterzuführen.

Der ehemalige Senatssecretair von Hamburg, Dr. Eckardt, war bei seiner Uebernahme in den preußischen Staatsdienst unter Ernennung zum Geh. Regierungsrath dem Ministerium des Innern zugewiesen worden. Ueber die bisher streitige Frage, welche Thätigkeit Herrn Dr. Eckardt in seiner neuen Stellung zufallen werde, giebt das eben erschienene Preußische Staatshandbuch für 1882/83 jetzt amtliche Auskunft. Dr. Eckardt findet sich beim Berliner Polizeipräsidium in dem Ressort für politische Polizei, Preß- und Vereinssachen, und zwar als erstes Mitglied, wenn auch nur als Hilfsarbeiter, verzeichnet. Mit der Leitung des genannten Ressorts ist gegenwärtig Landrath Keßler beauftragt.

Laut telegraphischer Nachricht ist Herr A. G. Mosle, früher langjähriges Reichstagsmitglied für Bremen, in Rio de Janeiro gestorben.

Die verantwortlichen Redacteure von zehn Münchener Zeitungen sind, wie die „Voss. Ztg." meldet, auf den 30. d. M. vor das Amtsgericht München I. geladen; sie sind beschuldigt, die Veröffentlichung eines amtlichen Schriftstücks, und zwar des Verweisungs-Erkenntnisses des Reichsgerichts in dem mehrerwähnten Landesverrathsproceß, vorgenommen zu haben, ehe dasselbe in öffentlicher Sitzung des Landgerichts zur Verhandlung gelangt war. Die Anklage bezüglich dieses Processes wird in der Sitzung des Landgerichts am 28. d. M. zur Verhandlung gelangen.

Wie aus Wien gemeldet wird, hat der bekannte Reichsrathsabgeordnete v. Schönerer für den 24. d. eine große Volksversammlung in Linz ausgeschrieben, welcher das Programm der neuen deutschen Volkspartei zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollte. Jene weiß bekanntlich von dem gegenwärtigen Parteiwesen im österreichischen Parlamente und auch außerhalb desselben Nichts wissen und stellt für die Deutschen Oesterreichs eine Reihe überaus schneidiger Puncte und Forderungen auf. Man durfte sich daher auf stürmische Verhandlungen gefaßt machen, aber wegen eines Todesfalls in der Familie v. Schönerer ist die Volksversammlung auf die erste Hälfte des nächsten Monats vertagt worden.

In Brünn wird die Vergewaltigung der Deutschen durch die Czechen immer gesetzloser und gefährlicher, ja es ist dort sogar ein Attentat gegen einen Deutschen verübt worden. Vorerst ist dem Königsfelder Zuckerfabrikanten Bauer ein anonymer czechischer Brief zugegangen, der die Drohung enthielt, man werde Bauer's Fabrik in Brand stecken, falls er nicht mit den Czechen stimme. Bauer übergab den Brief der Polizei und traf in seiner Fabrik die nöthigen Vorsichtsmaßregeln. Wenige Tage später ward auf den Buchhalter der Fabrik, Herrn Wenliczka, der trotz seines czechischen Namens zu den Deutschen hält, von der Straße her ein Schuß abgefeuert, als der Buchhalter in seiner Parterrewohnung gerade das Abendbrod einnahm. Die Kugel zertrümmerte eine Fensterscheibe, fuhr nahe am Kopfe Wenliczka's vorüber und blieb in der Wand des Zimmers stecken. Die Untersuchung gegen dieses schändliche Attentat ist bereits im Zuge.

In Prag wird am 28. August der große Socialdemokraten-Proceß beginnen. Die ersten Tage werden die Verhandlungen gegen die Socialdemokraten Schmied, Muckenschnabel, Schlosser, Penkawa und Strunz in Anspruch nehmen. Die Anklage lautet auf Versuch des Umsturzes der bestehenden Staatsverfassung im Wege socialdemokratischer Umtriebe.

Die Triester Koffer-Affaire erhält die österreichischen Blätter noch immer in Athem. Wie es heißt, war die Nachricht von der Durchsuchung der Druckerei Valeitra irrthümlich; eine behördliche Commission erschien nur bei dem dort in Condition stehenden Setzer Franz Simonetti, dann bei der Braut desselben und bei deren Vater. Bei allen drei Personen soll die Durchsuchung resultatlos geblieben sein. Die Triester Sicherheits-Behörde verständigte die Polizei in Bologna telegraphisch von der Koffersendung. Wie die „Gazzetta di Venezia" mittheilt, hat die dortige Polizei entsprechende Verkehrungen getroffen, daß die nach Triest abgehenden Eisenbahnzüge und Dampfer von Organen der italienischen Polizei sorgfältig überwacht werden. Die halbamtliche „Adria" meldet, daß auch aufrührerische Proclamationen mit der Ueberschrift: „Il partito dell' azione" in Umlauf seien.

Aus Bern wird gemeldet, daß am 27. August auf dem Schlosse Wyden bei Ossingen zur Erinnerung an den sogenannten „Socialdemokratischen Welt-Congreß" von 1880 von den Züricher Socialdemokraten ein Parteifest abgehalten werden soll, zu welchem auch deutsche Reichstagsabgeordnete Einladungen erhalten haben. Die um halb 11 Uhr Vormittags beginnende Versammlung wird unter freiem Himmel stattfinden. Eine besondere „Festrede" ist unter dem Titel „Die alten und neuen Raubritter" angekündigt.

Die erfindungsreichen Franzosen sind in ihrer wahrhaft lächerlichen Spionenriecherei so weit gegangen, die in Monceau-les-Mines vorgekommenen Unruhen fremden Sendlingen, d. h. den Deutschen, in die Schuhe zu schieben. Nicht minder ingeniös ist das Bemühen der republikanischen Presse, die Verdrängung der Franzosen aus Egypten als eine Niederlage der Bismarck'schen Politik darzustellen. Die Trauben sind freilich sehr sauer, nachdem England in Sachen Suezcanal sich der Actien und der Action bemächtigt hat und die Herren Franzosen das Nachsehen haben. Wahrhaft köstlich ist die Resignation, mit welcher die Pariser Presse sich mit den Ereignissen abfindet. Der „Temps" bringt einen Artikel, in welchem die Ueberlegenheit Englands zur See über alle anderen Mächte zusammengenommen hervorgehoben wird. In demselben heißt es weiter: „England ist und bleibt Herr des Suezcanals, weil es jederzeit Denjenigen bewältigen kann, welcher ihn sperren wollte, und andererseits Jedem, welchem es will, den Canal verschließen kann. England ist glücklicherweise eine Nation, welche den Frieden liebt und ihre Interessen mit Billigkeit zu versöhnen sucht und zwar derart, daß auch schließlich der Suez-Canal, wenn er unter dem kräftigen Protectorate Englands steht, sich unter einem sehr erträglichen und zufriedenstellenden Regime befinden wird." Der „Temps" fordert in Folge Dessen die Conferenz zu Konstantinopel auf, sich fortan, um Tinte und Papier zu ersparen und sich nicht der Lächerlichkeit auszusetzen, Protokolle, betreffend die Neutralisirung und Erklärungen, betreffend den Schutz des Suez-Canals, zu verfassen. — Im gleichem Sinne äußern sich die übrigen französischen Journale. — Das „Journal des Débats" bespricht die letzten Bewegungen der englischen Truppen, welche zur Basis ihrer Operationen den Canal gewählt hätten, und sagt, die überraschende Schnelligkeit der Bewegungen mache dem General Wolseley alle Ehre. Dasselbe Blatt giebt dem französischen Cabinet den Rath, sich keinem Widerspruche gegen die englische Action anzuschließen, wünscht England Erfolg und constatirt schließlich, daß die Türkei ihr doppeltes Spiel niemals aufgegeben habe.

Im Auswärtigen Amte zu London eingetroffene Depeschen bestätigen die Meldung von dem Ausbruche eines Aufstandes in Korea in vollem Umfange. Der königliche Palast sowie die japanische Legation wurden angegriffen und außer dem König und der Königin auch ein in Diensten der Regierung von Korea stehender japanischer Officier getödtet. Der König war energisch in seinen Anstrengungen gewesen, das Land dem auswärtigen Handel aufzuschließen, und dies zog ihm die Feindschaft der Anhänger der Ausschließungspolitik zu. Es heißt, daß in Korea seit geraumer Zeit eine von einem höchst einflußreichen koreanischen Staatsmanne geleitete Partei bestand, deren Wunsch es war, die Fremden zu vertreiben und zu dem alten Stande der Dinge zurückzukehren. Es ist die Aristokratie, welche ähnlich wie in China die Mandarinen und in Japan die großen Feudalherren früherer Zeiten von dem Eindringen der Fremden die Vernichtung ihres Einflusses befürchten. In jüngster Zeit scheint diese Partei durch Fortschrittsmänner, welche dem Verkehr mit dem Auslande günstig gesinnt waren, verdrängt worden zu sein und es war unter diesem Regime, als die Verträge mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien jüngst geschlossen wurden. Diese Handlungen müssen den Gefühlen der Anti-Fremdenpartei unerträglich gewesen sein. Ihre eifersüchtige Entrüstung hat sich jetzt in offenen Feindseligkeiten gegen Ausländer offenbart, insbesondere gegen die Japanesen, weil dieselben zuerst das fremde Element in Korea eingeführt hatten. Die drei den ausländischen Handel geöffneten Häfen in dem Lande sind Fusan, Genzanshin und Genzin. China wie Japan haben lange nach dem Lande geangelt. Da die jetzige Bewegung sich gegen die Japanesen richtet, so glaubt man natürlich, daß China die Hand im Spiele hat. Wenn es zum Kriege mit Japan kommen sollte, werden die Japanesen gewaltige Anstrengungen machen müssen, um die Oberhand zu gewinnen. Die Koreaner, ein kräftiger Menschenschlag, mögen acht bis zehn Millionen Menschen zählen; sie sind mit Kriegsmaterial wohl versehen und verfügen sogar über gezogene Kanonen. Wenn sie gar in der That Verbindungen mit China unterhalten, so könnte es in Hinterasien zu ernsten Verwickelungen kommen.

Aus Buenos Ayres ist in Lissabon eine vom 24. Juli datirte Meldung eingetroffen, welche besagt, daß den neuesten Nachrichten aus Chili zufolge die Chilenen die militairischen Operationen gegen Peru wieder aufgenommen haben. Es haben bereits mehrere kleine Gefechte stattgefunden, in welchen die Chilenen stets siegreich gewesen sein sollen, ausgenommen in einem Zusammentreffen, wo 75 Chilenen einer Streitmacht von 2000 Peruanern gegenüber sich weigerten, die Waffen zu strecken und sämmtlich getödtet wurden.

Buchhändler Hermann Kirchner †.

K.Wh. Leipzig, 22. August. Der Tod räumt gewaltig auf unter den Leipziger Veteranen des Buchhandels. Am gestrigen Tage erlöste er rasch, aber sanft einen Leidenden, der seit fünf Wochen schwer danieder lag, Buchhändler Hermann Kirchner. Nächstes Jahr würde Dieser das 40jährige Jubiläum seiner Selbstständigkeit und seiner gegenwärtigen Firma haben feiern können.

Der Verstorbene ist seit Neujahr 1843 hier allein etablirt, seine Buchhandlung ist noch sechs Jahre älter, da sie bis zum August 1836 zurückreicht, wo sie Kirchner & Schwetschke hieß.

Hermann Theodor Alexander Kirchner war vorzugsweise Commissionair. Verlegerisch thätig hatte er seine Laufbahn begonnen. Die Meßkataloge von 1843—46 z. B. verzeichnen ca. 40 Novitäten, die er in jener Zeit auf den Markt brachte.

Als Commissionair hatte er die Vertretung einer kleinen, aber gediegenen Anzahl auswärtiger Häuser, namentlich aber auch des periodischen Organs des Deutschen Börsenvereins, des „Börsenblattes für den Deutschen Buchhandel", dessen Debit neuerdings ausschließlich durch den Buchhandel, nicht mehr durch die Post, auch nicht mehr für Private aus dem Publicum erfolgt.

Unter seinen Committenten befinden sich größere Buchhandlungen von Berlin, Bonn, Königsberg, Halle, Paris, London und Zürich.

In der Geschichte des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler hat er sich einen Platz gesichert nicht blos als Vertreter der Expedition des Börsenblattes, sondern auch durch langjährige Thätigkeit als Mitglied des Verwaltungsausschusses beim Vorstand jenes Vereines.

Wir sehen seinen Namen als den des Ausschußvorsitzenden im Jahre 1862/63 aufgeführt. Er behält den Vorsitz bis 1867/68, wo B. Brigl mit ihm abwechselt, das nächste Jahr steht er aber wieder an der Spitze und bleibt in dieser Stellung bis 1873, wo er die Wiederwahl ablehnt.

In der Collegenwelt war Kirchner als ein charaktervoller, ernster, nur anscheinend, nicht in Wirklichkeit schwer zugänglicher Fachgenosse von gemeinnütziger Gesinnung sehr angesehen.

Alle, die ihm näher traten, erkannten den edlen, mannhaften, hochherzigen Kern in rauher Schale. Seine Mitarbeiter lernten ihn nach strenger Schulung und Competenzucht als einen trefflichen Principal von Geist und Herz schätzen und verehren, seine Committenten konnten auf ihn wie auf Felsen bauen, wo es ihre wahren Interessen ins Auge zu fassen und geltend zu machen galt. In dieser seiner Treue war er ein wahres Muster, dessen eiserne Grundsätze sich auch auf Die übertrugen, die unter ihm arbeiteten. Ein fleißiger Arbeiter von früh bis Abend, kannte er keine Schonung